

Antrag 2026/I/Teilh/2

Jusos Hamburg

Einsetzung einer/s Beauftragten für Antirassismus und Integration für Hamburg

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglie-
2 der der Hamburgischen Bürgerschaft setzen sich dafür ein, dass die Hamburgische Bürger-
3 schaft eine Beauftragte für Antirassismus und Integration einsetzt, um ein entschlossenes Zei-
4 chen gegen Rassismus in unserer Stadt zu setzen und die Maßnahmen zur Bekämpfung ras-
5 sistischer Diskriminierung auf Landesebene zu koordinieren. Die Stelle soll sich an der Bundes-
6 ebene orientieren, wo seit 2022 eine Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus im
7 Bundeskanzleramt tätig ist.

8 Begründung

9 Hamburg ist eine weltoffene und vielfältige Stadt, doch auch hier erleben Menschen weiter-
10 hin Diskriminierung und rassistische Gewalt. Die Einrichtung einer oder eines Beauftragten
11 für Antirassismus und Integration auf Landesebene ist ein wichtiger Schritt, um strukturellen
12 Rassismus zu bekämpfen, Betroffenen Unterstützung zu bieten und Maßnahmen zur Förde-
13 rung gesellschaftlicher Teilhabe zu koordinieren. Die Bundesregierung hat mit der Ernennung
14 von Reem Alabali-Radovan zur ersten Beauftragten für Antirassismus ein klares Zeichen ge-
15 setzt, dass Rassismus eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist, der entschlossen be-
16 gegnet werden muss. Ihre Arbeit hat gezeigt, dass eine koordinierte Strategie und eine zen-
17 traler Ansprechpartnerin auf politischer Ebene notwendig sind, um wirksam gegen rassisti-
18 sche Diskriminierung vorzugehen. Hamburg sollte diesem Beispiel folgen und eine eigene An-
19 sprechperson für Antirassismus ernennen, um auf Landesebene gezielt Maßnahmen zu ergrei-
20 fen. Die/der Beauftragte soll: • als zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Rassismus und Dis-
21 kriminierung in Hamburg fungieren, • bestehende Antidiskriminierungsmaßnahmen bündeln
22 und optimieren, • Handlungsempfehlungen für die Verwaltung, Bildungseinrichtungen und
23 die Polizei entwickeln, • mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wissenschaft und Verwal-
24 tung kooperieren, • regelmäßig Berichte zur Lage und Entwicklung rassistischer Diskriminie-
25 rung in Hamburg vorlegen, • die Umsetzung der im Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus
26 relevanten Maßnahmen auf Landesebene begleiten und fördern. Hamburg kann mit der Ein-
27 führung einer solchen Stelle eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern einnehmen und ein
28 klares Signal für eine tolerante, diskriminierungsfreie Gesellschaft setzen. Wir fordern daher
29 den Senat auf, die Einrichtung einer/s Beauftragten für Antirassismus und Migration für Ham-
30 burg schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.